

Jahrgang I.

No. 10.

Januar 1912.

# KAIN

Zeitschrift für  
Menschlichkeit  
Herausgeber:

Erich Mühsam



**Inhalt:** Der Humbng der Wahlen. — Bemerkungen. — Oaha. —  
Die Speisung der Armen. — Der Lustmörder.

Kain-Verlag München.

30 Pfg.

# **Kain - Kalender**

für das Jahr 1912

**ist erschienen.**

Preis 1 Mark.

Zu haben in den Buchhandlungen und  
durch den KAIN - VERLAG, München,  
Baaderstrasse 1a.

Jahrgang I  
No. 10.

München,  
Januar 1912

# KAIN

Zeitschrift für Menschlichkeit.

Herausgeber: Erich Mühsam.

---

„KAIN“ erscheint vorläufig im Monat einmal. Der Preis beträgt  
für das Einzelheft 30 Pfennig (40 Heller, 40 Centimes), Jahresabonne-  
ment 3 Mark, (4 Kronen, 4 Francs.) Inserate die zweigespaltene  
Nonpareillezeile 30 Pfennig. Geldsendungen an „Kain-Verlag“,  
München, Baaderstrasse 1a

---

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind vom Herausgeber.  
Mitarbeiter dankend verboten.

---

## Der Humbug der Wahlen.

Wir lesen täglich in den Zeitungen, Flugschriften und Wahlaufrufen der Liberalen und Sozialdemokraten, dass die Klerikalen finstere Gäuche, scheinheilige Jesuiten, Verdummungsapostel und den gemeingefährlichen Junkern treu verbrüderete Feinde jeglichen Fortschritts, jeglicher Entwicklung seien. Die Werbeschriften der Klerikalen aber behaupten, dass die Liberalen flachköpfige Interessenpolitik treiben, Tröpfe und hohle Schreier, die Sozialdemokraten hingegen rohe Demagogen sind und gewissenlose Spekulanten auf die Leichtgläubigkeit der werktätigen Massen. Dass der Gegner Lügner, Verleumder und geschworener Volksfeind sei, beweist einer dem andern mit den bündigsten Belegen. — Seien wir höfliche Menschen, und glauben wir, dass in der Beurteilung ihrer Feinde jede Partei die Wahrheit spricht. So haben wir denn nichts weiter zu tun, als auszusuchen, in wessen Gefolgschaft wir uns begeben, welcher dieser Gruppen wir für die nächsten fünf Jahre die Wahrung unserer Interessen anvertrauen wollen.

Bekanntlich wird durch den Ausfall der Wahlen vom 12. Januar das Schicksal des Deutschen Reiches besiegelt werden. Es soll sich nämlich herausstellen, ob unter einer konservativ-klerikalen oder unter einer liberal-sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit alles beim Alten bleibt. Es soll sich entscheiden, ob wir weiterhin blauschwarze Tinte saufen müssen, oder ob wir uns an einer rötlich-gelben Melange den Magen verderben dürfen. Kurz und gut: Es geht um die letzten Dinge.

Wahltag — Zahltag. Das deutsche Volk wird aufgerufen, das eigene Glück zu schmieden. Gleiches Recht für alle. Jede Stimme zählt. Jede Stimme ist wichtig. Wer der Wahlurne fern bleibt, schneidet sich ins eigene Fleisch. Wer nicht wählen will, muss fühlen. Wer keinen wählt, wählt seine Feinde. Wer im Reichstag nicht vertreten sein will, hat sich alles Unheil selbst zuzuschreiben. Auf gegen die Reaktion! Auf gegen die Verdummung und Verpfaffung! Auf gegen den roten Umsturz! Auf gegen den Freihandel! Auf gegen die Schutzzölle! Auf gegen die Lebensmittelverteuerung! Auf gegen die Feinde der Landbevölkerung! Auf für Freiheit, Wahrheit und Recht! Auf für die Erhaltung guter deutscher Sitte! Das Vaterland muss grösser sein! Wir halten fest und treu zusammen! Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Es gilt also wieder einmal, das einzige Recht auszuüben, das der Deutsche hat. Wie denn: das einzige Recht? Seit 42 Jahren immer noch das einzige Recht? Da doch seine Ausübung den Zweck verfolgt, den Deutschen Rechte zu schaffen? Erkläre mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur!

Es ist in der Tat wahr: Das einzige Recht des deutschen Mannes besteht darin, dass er im Laufe von fünf Jahren einmal in eine verschwiegene Zelle treten und einen Zettel in ein verschwiegenes Gefäss werfen darf, worauf er einen (ihm gewöhnlich unbekanntem) Mitmenschen zum Fürsprecher seiner Ueberzeugungen bestimmt hat. Bekommt ein anderer Kandidat mehr Stimmen, so

tritt der Wähler betrübt in den Hintergrund, bleibt für die nächsten fünf Jahre mit seinen Ueberzeugungen unvertreten und tröstet sich mit dem erhebenden Gefühl, dass er jedenfalls von seinem einzigen heiligen Recht Gebrauch gemacht und gezeigt hat, dass er auch mitreden kann.

Aber warum so pessimistisch sein? Es ist ja möglich, dass zwei andere Kandidaten mit einander in Stichwahl kommen, und der überstimmte Staatsbürger hat nun die Entscheidung in der Hand: welcher ist der Würdigere? Wer wird meine Interessen besser vertreten? Wem kann ich mich soweit anvertrauen, dass ich ihn mit Generalvollmacht ins Parlament schicken darf? Seine Parteileitung sagt's ihm — und er wählt und bewirkt mit seiner Stimme das Resultat. So kann also doch die an die Wand gedrückte Minorität immer noch den stärksten Einfluss haben auf die Konstellation der Parteivertretungen? Kann sie auch. Hier ist ein Beispiel aus der Praxis:

Man erinnere sich an die Vorgänge, die den Reichskanzler Fürsten Bülow veranlassten, den vorletzten Reichstag aufzulösen. Dem Manne war seine Position unsicher geworden, und er benutzte eine oppositionelle Regung des Zentrums, das ihm von einer Kolonialforderung einen geringfügigen Abstrich machte, dazu, die Volksboten heimzuschicken und das Volk unter dem Schlachtruf: Gegen die Schwarzen und gegen die Roten! an die Urne zu trommeln. Die Regierung kittete den famosen Block der Konservativen und Liberalen, und die Ultramontanen und Sozialdemokraten revanchierten sich mit der Verständigung zu einer Stichwahlversicherung auf Gegenseitigkeit. Die kaiserliche Regierung hatte geschickt gearbeitet, und so ergaben die Hauptwahlen einen starken Erfolg ihrer Blocktruppen zum Schaden der Sozialdemokraten. Vor der Stichwahl sah man nun in München Plakate an den Tafeln kleben, auf denen etwa folgendes zu lesen war: „Wir danken der aufopfernden Hilfe der Sozialdemo-

kraten in verschiedenen Wahlbezirken Bayerns mehr als ein Dutzend Mandate. Zeigen wir uns erkenntlich! Treten wir bei den Stichwahlen in München Mann für Mann für die sozialdemokratischen Kandidaten ein! Das Zentrums-Wahlkomitee." Dass zur rechten Zeit der Herr Erzbischof eingriff, die Parole des Komitees für unkirchlich erklärte und damit die Wahl des liberalen Kandidaten in dem einen zweifelhaften Wahlkreis Münchens sicherte, ist in diesem Zusammenhange unbedeutend. Die Kirche hat nie geheuchelt, dass sie andere Nützlichkeiten als solche für sich selbst suche. Lehrreich aber ist die Feststellung, dass eine grosse Anzahl von Reichstagsitzen nur mit sozialdemokratischen Stimmen für das Zentrum gerettet werden konnte. — Nun besinne man sich auf das Walten des letzten, jetzt verabschiedeter Reichstags. Seine bedeutsamste Tat war die Annahme jener Steuergesetze, durch die die notwendigsten und populärsten Bedarfsmittel in ganz massloser Weise verteuert wurden, und die die Lebenshaltung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volks in beängstigendem Masse verschlechterten. Diese Gesetze hätten ohne ein starkes Zentrum nicht zustande kommen können. Das starke Zentrum aber wäre — nach eigenem Geständnis — nicht vorhanden gewesen ohne die nachdrückliche Unterstützung der Sozialdemokraten, die ihre Stimmen bedingungslos den jetzt so gelästerten Volksfeinden zur Verfügung gestellt hatten. Jede ungezwungene Logik wird gestehen müssen, dass somit die unerträgliche Belastung des Volks durch die neuen Steuern auf die parteioffizielle Leitung vieler tausender sozialdemokratischer Wähler zurückzuführen ist. — Die zähnefletschende Wut der sozialdemokratischen Agitation, wie sie jetzt gegen die Klerikalen anknocht, wird man also nicht allzu feierlich zu nehmen brauchen. Vielleicht gehen die Roten das nächste Mal mit den Blauen. Wundern soll man sich über gar nichts.

Freilich sind die armen Sozi bei den Wahlen besonders übel daran. Sympathisch sind sie mit ihrer unproduktiven Betulichkeit, mit ihrer anschmeisserischen Opposition und ihrer phrasenschwulstigen Alleswisserei niemandem, ausser den Kinderstuben-Politikern des „Berliner Tageblatts“. Man lässt sich schliesslich, wenn das Geschäft lohnend aussieht, von ihnen unter die Arme greifen. Nachher gibt man ihnen den Tritt. Während sich aber die soeben derart emporgehobenen bürgerlichen Gegner von der peinlichen Berührung den Rock abputzen, schreien die Sozialdemokraten schon durchs Land, dass sie die Starken seien, die auf die eigene Kraft angewiesen sind.

Nein, die Rolle, die die roten Herren im politischen Leben spielen, ist nicht beneidenswert. In der Theorie müssen sie immer noch so tun, als seien sie Sozialisten, Revolutionäre, denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ein Greuel ist, und deren Kampf ein konsequentes Sturmlaufen gegen Monarchie, Heer, Kapital und jegliche Ungleichheit und Unfreiheit darstellt. In der Praxis aber posaunen sie lauter als irgendwer anders das Recht auf die Wahlstimme, das Recht, sich in der bescheidenen Form, die (zumal der deutsche) Parlamentarismus erlaubt, an der Verwaltung des so arg befehdeten Staatswesens zu beteiligen. In der Praxis gilt ihnen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als letztes Ziel ihres revolutionären Strebens, und sie merken nicht, wie lächerlich sie selbst im Gesichtsfelde eines bürgerlichen Betrachters aussehen, da sie heute als höchste Sehnsucht eine Forderung aufstellen, die unter den Forderungen der nationalliberalen Revolutionäre von 1843 die untergeordnete Komponente eines grossen Programms war.

Die Teilnahme am Parlamentarismus war nicht immer der Inhalt aller sozialdemokratischer Aktion. Solange die Partei sozialistisch fühlte und in Wahrheit den Umsturz wollte, lehnte sie die Wählerei als Konzession an die kapitalistischen Staatseinrichtungen ab. Im Jahre 1860

warnte Wilhelm Liebknecht eindringlich vor diesem Schritt ins Lager der Feinde. Damals hob er auch die Konsequenzen hervor, die das Beharren auf den revolutionären Grundsätzen im parlamentarischen Leben zeitigen müsste. Damals kündigte er die Kompagnie Soldaten an, die eine unbequeme Parlamentsmehrheit zum Tempel hinausjagen würde: 40 Jahre, bevor Herr v. Oldenburg-Januschau den Leutnant und die zehn Mann an die kahle Wand des Reichstagsssaales malte. — Marx und Engels sprachen vom „parlamentarischen Kretinismus“, und erst 1890 entschloss sich die Partei, die „Jungen“, die immer noch nicht unters Stimmjoch wollten, aus ihren Reihen zu weisen.

Und gibt nicht die Entwicklung der Sozialdemokratie in diesen 42 Jahren parlamentarischer Betriebsamkeit den skeptischsten Befürchtungen recht? Was hat sie im Laufe dieser langen Jahrzehnte Positives erreicht, was einer Wandlung von kapitalistischem zu sozialistischem Gesellschaftsgefüge entfernt ähnlich sähe? Man muss beschämt gestehen: garnichts.

Und fragt man weiter, was infolge der sozialdemokratischen Parlamentstätigkeit auch nur innerhalb der geltenden Ordnung zugunsten des arbeitenden Volks Nennenswertes geschehen ist, so fällt die Antwort leider nicht viel günstiger aus. Die Herren selbst weisen ja bei so unangenehmen Erinnerungen gewöhnlich auf die herrliche Arbeiterschutzgesetzgebung hin. Aber es muss zu ihrer Ehre gesagt werden, dass sie damals noch, als diese Verhöhnung des Arbeiter-Elends ans Licht des Tages trat, dagegen stimmten, und wenn sie später, in heller Angst, bourgeoise Sympathieen zu verlieren, ihren Standpunkt revidierten, so verrieten sie damit den letzten Rest ihrer sozialistischen Gesinnung. Ich habe das im Anschluss an Gustav Landauers „Aufruf zum Sozialismus“ in diesen Blättern ausführlich expliziert (vgl. „Kain“ Heft 3.)



In der positiven Arbeit hat also der ganze mit ungeheurer Mühe, ungeheuren Kosten, ungeheurer Energie und ungeheurer Ausdauer konstruierte Apparat der proletarischen Parlamentspolitik versagt. Angeblich soll er sich aber sehr bewährt haben, wenn es galt, reaktionäre Beschlüsse der übrigen Parteien zu verhindern. Auch auf diese Behauptung darf man vernehmlich fragen: Was habt ihr verhindert? Wo habt ihr etwas verhindert? Wie habt ihr es verhindert?

Die grösste Mandatzahl hatten die Sozialdemokraten in der Legislaturperiode von 1903—1907. Sie verfügten damals zeitweilig über mehr als achtzig Sitze. In jener Zeit aber wurde Deutschland mit der Wiedereinführung hoher Schutzzölle beglückt, gegen die wütende Opposition, ja Obstruktion der 80 Revolutionäre, die übrigens ohne Mitwirkung der Liberalen (damals: Liberale Vereinigung) garnicht gewagt hätten zu obstruieren. Die Sozialdemokraten haben es mit all ihrem Krakehl nicht zu verhindern vermocht, dass Herr v. Tirpitz uns ein Flottengesetz nach dem andern bescherte. Das bürgerliche Gesetzbuch, das Vereinsgesetz, sämtliche Kolonialgesetze mit all ihren militärischen Folgerungen sind trotz ihres Widerspruchs in ihrer Anwesenheit beschlossen worden.

Man rede nicht von den paar Gesetzentwürfen, die von der Regierung eingebracht und vom Reichstage abgelehnt wurden. Die „Zuchthausvorlage“, das „Umsturzgesetz“ waren Totgeburten, weil die geschäftskundigen Bürger, die im Reichstage sitzen, viel zu intelligent sind, um sich nach den Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz noch in solche Wespenneste zu setzen. Hätten die bürgerlichen Mittelparteien diese Gesetze gewollt, dann hätten die Sozi sich auf den Kopf stellen und mit den Beinen strampeln können — sie hätten sie gekriegt.

Im Parlament geht es eben demokratisch zu: die Mehrheit hat recht, die Minderheit hat unrecht. Die Sozialdemokraten sollten die Letzten sein, die das bemän-

gelten. Sie verkünden ja dies Prinzip als unübertreffliche Gerechtigkeit. Ihr ganzes Streben bei den Wahlen selbst geht ja dahin, durch eine zuverlässige Geometrie der Wahlkreise die absolute Majorität wirklich auszumitteln, um die Minderheit damit knebeln zu können. Gewiss ist das Streben nach gleicher Wahlkreiseinteilung berechtigt, wenn man überhaupt das parlamentarische Prinzip will. Aber dieses parlamentarische Prinzip selbst, scheint mir, ist eine Absurdität, ein Humbug, ein Prinzip der Ungerechtigkeit.

Zunächst: die übergrosse Mehrheit der Menschen ist vom Wählen eo ipso ausgeschlossen. Die gesamte Hälfte der Menschheit, die nicht Hosen sondern Röcke trägt, gilt in unsern erfreulichen Zeitläuften als geistig unterbegabt. Jeder Dorfküster hat infolgedessen grössere Rechte als etwa einer Madame Curie, einer Duse oder Ebner-Eschenbach zugebilligt werden könnten. Es ist zu dumm, als dass man es tragisch nehmen sollte. — Aber gleichzeitig sind hunderttausend Soldaten, und alle die vielen ausgeschlossen, die grade in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, und sogar alle solche, die dem Staate als Arme „zur Last fallen“. Gewiss: hier möchten die Sozialdemokraten manches ändern (die Liberalen übrigens auch). Aber sie können es nicht ändern, und änderten sie es, so wäre auch weiter nichts erreicht, als dass dem Parlamentarismus eine Spur von dem sittlich Widerwärtigen genommen würde, das ihm anhaftet.

Die Ungerechtigkeit bleibt auch bei Zulassung der Frauen, Soldaten, Armen und Gefangenen und selbst bei Einführung des konsequentesten Proportionalwahlsystems bestehen, dass sich unter die Mehrheitsbeschlüsse eines Parlaments jede Minderheit zu beugen hat, die sich dadurch vergewaltigt fühlt. Die Ungerechtigkeit vor allem ist unerträglich, dass von einer; Zentralstelle aus durch Schacher und Kompromisse aller Art Gesetze ausgebrütet werden, die zugleich für alle Menschen eines grossen

Landes Geltung haben, deren Bedürfnisse und Ansprüche auf ganz verschiedenen geographischen und Charakter-Grundlagen beruhen. Ein Parlament kann nur dann nützlich wirken, wenn es ausschliesslich ein Institut zur Aussprache und Verständigung im Einzelfalle gleichmässig interessierter Menschen wird, ein Institut also, zu dem jede Meinung ihre Vertreter mit imperativem Mandat entsenden und an dem jeder Einzelne auch persönlich mitwirken kann. Es ist klar, dass solche gemeinsamen Interessen immer nur zwischen Menschen bestehen können, die entweder durch eine sittliche Idee oder aber durch praktische, sich aus räumlicher Narbarschaft ergebende Notwendigkeiten mit einander verbunden sind. Entstaatlichung der Gesellschaft, Dezentralisation ist also anzustreben, um einen Zustand zu erhalten, in dem die Menschen Beratungen pflegen können, ohne einander die Luft abzuschnüren zu brauchen.

Es mag noch ein Einwand erledigt werden, mit dem man die Beteiligung am Parlamentarismus häufig verteidigen hört. Das ist das Bedürfnis prominenter Persönlichkeiten, sich von Tribünen mit weiter Akustik reden zu hören. Nun zeigt aber ein Blick in die Sitzungssäle deutscher Parlamente, dass die Redepulte dieser Anstalten gemeinhin von allen eher als von überragenden Persönlichkeiten bestiegen werden. Das liegt zum einen Teil an der Einflusslosigkeit des Parlaments auf die Geschicke der Völker, zum andern Teil am Reinlichkeitsbedürfnis beträchtlicher Leute, die wissen, dass sie Einfluss nur gewinnen können, wenn sie sowohl ihren Charakter wie ihre Intelligenz zu Konzessionen bereit halten. In Wirklichkeit ist aber auch garnicht einzusehen, wieso denn ein Reichstagsabgeordneter etwa freier aus sich herausreden könnte als ein Volksredner oder Publizist, der ehrliche eigene Ansichten zu vertreten hat. Wer gehört werden will, der wird sich auf die Dauer Gehör verschaffen, und wenn selbst der willenslosen Menge von ihren

journalistischen Seelsorgern das dickste Totschweigewachs in die Ohren geträufelt wird.

Das Wort aber, das ans Volk direkt gerichtet wird, hat allemal stärkere Wirkungen auf die Ereignisse als das, das unter taktischen Verschnörkelungen auf dem Umweg über Parlamentsstenogramme zu ihm gelangt. Denn der Bürger hat sich ja mit der Wahl eines Vertreters der eigenen Aktionsbereitschaft begeben und verzichtet von vornherein darauf, aus dem, was er aus dem Sitzungssaal vernimmt, andere Schlüsse zu ziehen, als solche, die sich auf die Auswahl des in fünf Jahren zu entsendenden Vertreters erstrecken. Der Appell ans Volk selbst aber kann unmittelbares Eingreifen in die Geschichte eines Landes bewirken. Noch ein Beispiel aus der Praxis der Sozialdemokratie.

In den romanischen Ländern hat man mit der Anwendung umfassender Streikaktionen sehr gute Erfahrungen gemacht, wenn man damit politischen Unzuträglichkeiten begegnen wollte. In Deutschland wurde dieses Mittel der direkten Massenaktionen von den Anarchisten und Syndikalistern solange propagiert, bis es in Arbeiterkreisen Anklang fand und die sozialdemokratische Partei sich um den peinlichen Gegenstand nicht länger herumdrücken konnte. Vor einigen Jahren kam die Sache auf einem Parteitage zur Sprache und man entschloss sich, den politischen Massenstreik als Kampfmittel in das Waffenarsenal der Arbeiterschaft einzustellen. Um aber nicht den alten Aberglauben von der allein seligmachenden Wählerei zu erschüttern, erklärte man, der politische Massenstreik solle nur angewandt werden, wenn es gelte, ein gefährdetes Wahlrecht zu verteidigen oder in Ländern mit unfreiem Wahlrecht ein freieres zu erzwingen. Man gab also zu, dass das Volk selbst, wenn es Forderungen durchsetzen wolle, die mit dem Parlamentarismus nicht zu erzwingen sind, über das stärkere Mittel verfüge. Man reservierte aber das stärkere Mittel zu dem ein-

zigen Zweck, das schwächere Mittel zu schützen. Wie konsequent die Herren Sozialdemokraten diesen Standpunkt wahren, beweist ihr Verhalten den Anregungen gegenüber, einer Kriegsgefahr mit dem Massenstreik zu begegnen. Sie könnten sich dadurch — das haben sie selbst zugegeben — ihre Position im parlamentarischen Schachergeschäft erschweren.

Man überlege einmal: Wenn alle die unzähligen Millionen, die im Laufe von vier Jahrzehnten für die Agitation zu den Wahlen verausgabt wurden, benutzt wären, um revolutionäre Genossenschaften zu beleben, wenn alle zum Stimmenfang verbrauchte Arbeitskraft in produktiver Arbeit tätig gewesen wäre, um den eigenen Unterhalt unabhängig von der kapitalistischen Ausbeutung zu beschaffen, wenn also alle Propaganda der Vorbereitung des Volkes zur Uebernahme der Produktionsmittel in eigene Regie gedient hätte — zweifelt jemand, dass unser gesellschaftliches Sein ein sehr anderes, ein sehr viel erfreulicheres Bild böte als heute? Aber die Masse wird von ihren streberischen Führern geflissentlich in Untätigkeit gehalten. Ueberall wird ihr der Wille der „Vertreter“ aufoktroiert, und mit dem Humbug der Wählerei wird ihr vorgespiegelt, dass sie selbst die Herrin ihrer Geschicke sei.

Ob und wen alle diejenigen wählen, die im Prinzip mit der geltenden Staatsordnung einverstanden sind, scheint mir sehr wenig belangvoll. Jedes Parlament, ob seine Mehrheit links oder rechts vom Präsidenten sitzt, ist seiner Natur nach konservativ. Denn es muss den bestehenden Staat wollen — oder abtreten. Es kann nichts beschliessen, was den Bestand der heutigen Gesellschaft gefährdet, also auch nichts, was denen, die unter der geltenden Ordnung leiden, nützt. Die Entscheidung für diesen oder für jenen Kandidaten ist nicht die Frage des Stichwahltages. Die Frage heisst: Soll ich überhaupt wählen oder tue ich besser, zu Hause zu

bleiben? Ueberlege jeder, dass er mit jedem Schritte, den er zum Wahllokal lenkt, sich öffentlich zur Erhaltung des kapitalistischen Staatssystems bekennt. Frage er sich vorher, ob er das tun will. Wer aber denen glaubt, die vorgeben, durch Ansammlung von möglichst vielen Stimmen, mögen sie gehören, wem sie wollen, die Fähigkeit zu erlangen, in parlamentarischer Diskussion sozialistische Ansprüche zu ertragen, dem sei erklärt: solche Behauptung ist blanker Schwindel.

---

### Bemerkungen.

**Oaha.** Frank Wedekinds „Oaha“, das früher schlicht „Schauspiel“ hiess, führt jetzt den Untertitel „Satire der Satire“. Der Ausdruck ist nicht besonders glücklich. Man wünscht nicht, schon in der Ueberschrift eines Werkes den Kommentar des Dichters zu finden. Die auch sprachlich misslungene Wendung („Satire auf die Satire“ wäre besser gewesen) wird aber als kulturhistorisches Zeugnis zeitgenössischen Banausengeistes die Kümmerlichkeit derer überdauern, die Wedekind zu der Konzession an den guten Geschmack der Polizei genötigt haben. „Oaha“ ist keineswegs, wie das Kausen<sup>)</sup> log, ein „Bordellstück“, sondern es behandelt in sehr amüsanten Weise die Entthronung eines Witzblattverlegers durch seine Satiriker. Der Dichter benutzt zum Teil gewisse allgemein bekannte Tatsachen, die sich vor einigen Jahren in den Redaktionsräumen des bekanntesten, schärfsten und künstlerisch feinsten satirischen Blattes zutragen. Nun kann man der Ansicht sein, dass die tatsächlichen Unterlagen einer Dichtung keinen Menschen etwas angehen (man lese, was Thomas Mann in seiner ausgezeichneten Broschüre „Bilse und ich“ über diesen Gegenstand geschrieben hat). Die Münchener Polizei ist jedoch nicht dieser Ansicht. Mit dem ihr eigenen Scharfsinn fand sie heraus, dass mit den Personen des Wedekindschen Schauspiels bestimmte Personen gemeint sein müssten, deren Namen mit jener

---

) Ich bin nach meinem Artikel „Der Kausen“ von sehr vielen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Herausgeber der Zotenanthologie „Die allgemeine Rundschau“ schon von dem verstorbenen Begründer des „Bayerischen Vaterlands“, Dr. Sigl, konsequent „das Kausen“ genannt wurde. Da durch den sächlichen Artikel die Eigenschaft des Mannes als sittliche Einrichtung deutlicher zur Geltung kommt, als durch den männlichen, soll hier fortan die Siglsche Tradition zu Ehren kommen. Dr. Armin Kausen und Otto v. Erlbach (der Thamerus behauptete neulich eine besondere Identität zu haben) werden hier also von jetzt ab „das Kausen“ heissen.

satirischen Zeitschrift in Zusammenhang zu bringen sind, und da ihr Scharfsinn zu der Erkenntnis nicht ausreichte, dass die Figur in einem Kunstwerk immer eine andere ist, als das lebendige Modell, so erklärte sie „Oaha“ für ein „Schlüsselstück“ und verbot es. Die Mitarbeiter des aggressivsten deutschen Witzblattes, das die Polizei schon oft sehr empfindlich geärgert hat, und an dem sich die Polizei durch zahllose Konfiskationen rächte, befinden sich jetzt also in der peinlichen Lage, durchaus gegen ihren Willen von einer betriebsamen Polizeibehörde gegen angebliche Verhöhnungen geschützt zu werden. Die Henne, die aus Angst, es könnte ein Blitz dreinschlagen, mit schirmenden Fittichen um einen Fuchsbau gackert: dieses Bild bietet gegenwärtig die von einem nachgerade berühmigten Zensurbeirat bediente Münchener Polizei.

Der liebe Zensurbeirat. Das ist eine verflucht gescheite Einrichtung. Lauter von der Polizei ausgesuchte Herren, die unter absoluter Sicherung des Beichtgeheimnisses, dem Polizeiassessor (der neuerdings Roth heisst) Winke geben, wie der Geist mit dem Säbel bevormundet werden kann. Die Polizei war sehr sorgfältig bei der Auswahl der Herren. Sie hat dafür gesorgt, dass sie stets eine Majorität hat, mit der sich im Geiste der Weinstrasse arbeiten lässt. Hat sie diese Majorität aber einmal nicht, so hat sie sich immerhin vorbehalten, auch selbständig und unter Ausschaltung des Zensurbeirats zu entscheiden. Ein paar freiheitlichere Renommier-Zensoren hat sie sich weislich ebenfalls engagiert. Da kein Mensch erfährt, welches Urteil der Einzelne abgegeben hat, sieht ein geachteter Name in der Liste der Zensurbeiräte immer hübsch aus.

Einer von ihnen hat jetzt endlich der Polizei sein Ehrenamt hingeschmissen: Dr. Max Halbe, dessen prinzipielle Abneigung gegen Polizeieinmischungen in geistige Angelegenheiten schon lange bekannt war. Er hat wohl eingesehen, dass in Gemeinschaft mit der Polizei in freiheitlichem Sinne nicht zu wirken ist, und dass sein guter Name nur als Aushängeschild für die Loyalität der Behörde dienen sollte. Dass Halbes Beispiel bisher ohne Nachahmung geblieben ist, lässt in die Psychen der übrigen Zensurbeiräte tief hineinblicken. Einer von ihnen heisst Dr. Georg Kerschensteiner und ist Stadtschulrat und Reichstagskandidat der liberalen Partei Münchens. In dem Wahlaufauf, in dem der liberale Herr so freundlich war, um meine Stimme zu werben, versichert er, dass er sich der „sorgenvollen Erwägung“ nicht entziehe, „dass das Deutsche Reich als Weltmacht nur kraftvoll und in eiserner Wehr zu Wasser und zu Lande seine . . . Interessen als nationaler Machtfaktor wahren kann.“ Bravo, Herr Dr. Kerschensteiner ! Das nenne ich mir ein liberales Manneswort. Nun aber gestatten Sie mir, da ich ja doch wahlberechtigter Anwohner Ihres Wahlkreises bin, die Anfrage: Erkennen Sie der

Polizei das Recht zu, dichterische Werke durch ihren Machtspruch der öffentlichen Wirkung zu entziehen? Haben Sie als liberales Mitglied des Zensurbeirates jemals für die Unterdrückung eines Theaterstücks gestimmt? Waren Sie für oder gegen die Zulassung der annoch von der Zensur verbotenen Werke Frank Wedekinds? Von welchen Gesichtspunkten lassen Sie sich bei Ihrem Urteil über künstlerische Dinge leiten? Da Sie verkünden: München soll eine liberale Stadt sein und bleiben! werden Sie gewiss bereit sein, diese Fragen in liberaler Weise zu beantworten. Der „Kain“ stellt Ihren Darlegungen den Raum gern zur Verfügung.

---

**Die Speisung der Armen.** Die Fürsorge für die Armen und Elenden, wie sie in unseren Zeiten zutage tritt, wird leider von denen, für die sie geübt wird, gar nicht genügend anerkannt. Der Hungernde findet immer noch zum Amtsvorstand, der ihm eine Suppenmarke gibt, für den Frierenden sammelt man in Krippen die abgelegte Kleidung der Reicheren, und selbst den Obdachlosen nimmt mit Frau und Kind ein staatlich unterhaltenes warmes Asyl auf. Zu Tausenden hocken sie da beieinander und harren der Suppe, die ihnen am Abend aufgetragen wird, und der Stunde, wo sie sich — hundert Personen in einem Saal — zur Ruhe niederlegen dürfen. Das Traurige aber ist, dass diese Leute begehrlieh sind und noch immer nicht zufrieden mit all den Wohltaten, die ihnen erwiesen werden. Nicht einmal sparsam sind sie. Haben sie wirklich ein paar erbettelte oder gestohlene Kupferpfennige in der Tasche, so heben sie das Geld nicht etwa auf, bis es genug ist, um damit zur Sparkasse zu gehen. Nein, — sie kaufen sich dafür Schnaps, saufen sich daran voll und wundern sich nachher, dass sie in Schmutz und Jammer leben. Sogar an der guten Suppe haben sie nicht genug. Sie wollen noch etwas Besonderes und überfressen sich an allerlei Esswaren, die spekulative Geister in den Asylen feilhalten. Es ist schon arg: alle Mühe geben sich edeldenkende Menschen mit diesem Gesindel — und zum Dank für alle Aufopferung schlingen die Leute fauliges und giftiges Zeug in sich hinein und krepieren scharenweise, wie zur Verhöhnung derer, die es gut mit ihnen meinten. Die aber haben Böses mit Gutem vergolten. Sie haben am Massengrabe der leichtfertigen Vergifteten nicht danach gefragt, ob die Flepse des Toten den Namen eines oft bestrafte[n] Diebes oder Zuhälters aufwies; sie haben sich gesagt; im Tode sind alle Menschen gleich, und haben den Zylinder in der Hand gedreht und das Bedauern der gesamten Oeffentlichkeit in die Falten ihrer Mienen gelegt. Strafen und um ihrer Verkommenheit willen verabscheuen kann man die Ueberlebenden. Den Eingegangenen tropft eine christliche Träne nach.

In der Reichshauptstadt war man sehr eifrig, um festzustellen, von welchem Gift das Weihnachtsmahl der Asylisten in der Fröbelstrasse gewürzt war. Die Aerzte meinten, es müssten verfaulte Bücklinge gewesen sein; die Polizei stellte fest, dass es statt Schnaps Methylalkohol gegeben habe. Da die Aerzteschaft um der Unfehlbarkeit ihrer Wissenschaft willen, die Polizei wegen der Autorität nicht nachgeben konnte, einigte man sich dahin, dass sowohl ver-



faulte Bücklinge als auch Methylalkohol als Todesursache anzusehen seien, und es wird dafür gesorgt werden, dass allzu billige Speisen und Getränke fürderhin keinen Eingang mehr in die Herbergen der Obdachlosen finden sollen. Denen, die bisher wählen konnten, ob sie an Hunger oder an Gift sterben wollen, soll die zweite Möglichkeit fortan aus sozialen und hygienischen Gründen verwehrt werden.

Die „Münchener Post“, sozialdemokratisches Spezialorgan für Entlarvung nichtsozialdemokratischer Geschlechtlichkeit, besitzt die bodenlose Unverfrorenheit, bei der vorgeschriebenen Beweinung der Opfer der Fröbelstrasse „die Aermsten und Elendesten“ mit sozialgefühltem Schmalz zu beträufeln. Seht doch die biedereren Ratgeber auf dem Kleinkapitalmarkt! Seht doch die sauberen Buchmacher auf dem Rennplatz der Tarifmeier! Seht die Heuchler und Pharisäer! Sie entdecken ihr frommes Herz — vierzehn Tage vor den Reichstagswahlen. Wartet, Burschen! Ich möchte euer Gedächtnis aufhelfen, damit nicht ihr noch sonst jemand denke, euer menschenfreundliches Gegreine sei Natur, damit vor allen die „Aermsten und Elendesten“, die ihr jetzt für eure Parteipläne braucht, wissen, was für Freunde sie an euch haben.

Es ist etwas über ein Jahr her, da hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Frank im Münchener Kindkeller einen öffentlichen Vortrag über die politische Lage in Deutschland. Ich beschloss, in der Diskussion zu sprechen und schrieb an Herrn Dr. Frank, den ich seit Jahren persönlich kenne, einen Brief, in dem ich ihn bat, er möchte dafür sorgen, dass ich diesmal von dem Recht der freien Meinungsäußerung ungefährdet Gebrauch machen könnte. Ich hatte es nämlich schon mehrfach erbeten, dass die demokratischen Herren, wenn ich reden wollte, ihre folgsame Herde unter den schamlosesten Verleumdungen auf mich gehetzt hatten, und es gibt in München Tausende Personen, die gesehen haben, wie ich unter der Anstachelung durch die „Führer“ in sozialdemokratischen Versammlungen tätlich insultiert wurde und buchstäblich in Lebensgefahr geriet. Warum? Weil ich es unternahm, mich vor diesen „Sozialisten“ für die gleichen „Aermsten und Elendesten“ einzusetzen, die jetzt der treuen Fürsorge und Sympathie der „Münchener Post“ versichert werden. In jener Frank-Versammlung gab der Vorsitzende, der hier schon erwähnte Schuster Knieriem, das mit der plumpsten Ehrlichkeit zu. Als ich mich nämlich zum Wort gemeldet hatte — es war vorher erklärt worden, dass nach alter demokratischer Gepflogenheit jeder Gegner frei heraus sprechen dürfe — verkündete der Herr: „Zum Wort gemeldet hat sich nur der Ihnen ja sattsam bekannte Schriftsteller Mühsam. Das ist der Hauptbeteiligte aus dem Sollerprozess. Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich einem solchen Menschen das Wort verweigere.“ — Der „Sollerprozess“ war gegen mich und einige meiner Freunde geführt worden, weil wir uns der Gäste, die in der Münchener Elenden-Kneipe, dem „Soller“, verkehrten, angenommen hatten und bemüht waren, ihnen durch Zuführung sozialistischer Ideen ihr klägliches Los erträglicher zu machen. Wir wurden von den bürgerlichen Richtern, die über uns judizierten, freigesprochen, die Münchener Sozialdemokraten aber erkannten uns wegen der Beteiligung an diesem politischen Prozess die politischen Ehrenrechte ab, und

Herr Abgeordneter Dr. Frank, seit langen Jahren mein persönlicher Bekannter, hörte das mit an und schien einverstanden.

Die „Münchener Post“ ist nur eine bescheidene Beule am Pestkörper der sozialdemokratischen Partei. Sie hat aber den Vorzug, öfter als irgend ein anderes Geschwür ihre heuchlerische Verlogenheit zu demonstrieren. — Die „Aermsten und Elendesten“ haben den Eiter schon wiederholt fließen sehen. Sie halten ihn schon lange nicht mehr für Tränen der Nächstenliebe. Sie spucken aus und gehen ihrer Wege.

---

Der Lustmörder. Der Zimmermaler Anton Speckner ist in Bayerischzell verhaftet worden und hat eingestanden, die elfjährige Frieda Pracher im sexuellen Rausch umgebracht zu haben. Er will der Kleinen, um sie am Schreien zu verhindern, den Mund zugehalten haben, wobei sie erstickt sei. In der Tat wurde ja als Todesursache Erstickung festgestellt. Es handelt sich also strafrechtlich, wie es scheint, um Verführung eines Kindes in idealer Konkurrenz mit fahrlässiger Tötung. Das sei in aller Nüchternheit vermerkt, ehe das Rachegezetzer der Presse gegen den „Lustmörder“ diejenigen suggeriert, die als Geschworene über Speckner zu Gericht zu sitzen haben.

Man beruhige sich. Ich finde die Tat des Mannes keineswegs schön. Ich will diese Tat auch nicht verteidigen, wohl aber den Mann, der sie beging. Speckner hatte vor wenigen Wochen das Zuchthaus verlassen, in dem er vier Jahre zugebracht hat. Er ist 25 Jahre alt. Männiglich weiss, dass der Strafvollzug in Gefängnissen und Zuchthäusern gänzliche Geschlechtsenthaltbarkeit in sich schliesst. Speckner war also vom 21ten bis zum 25ten Lebensjahr zwangsweise von jedem Verkehr mit Frauen abgesperrt. Dass eine derartige Tortur die Geschlechtsnerven in fürchterlicher Weise martern muss, liegt auf der Hand, und es ist sehr begreiflich, dass ein nach langer Zeit aus der Gefangenschaft befreiter Mensch hemmungs- und willenlos seinen entfesselten Trieben folgt. Es sei dem Verteidiger des unglücklichen Mörders dringend nahe gelegt, den Geschworenen aufzuzeigen, wie leicht die Sittlichkeit, die in den Gefängnissen die Naturbedürfnisse der Menschen hungern lässt, allein verantwortlich wird für kriminelle Unsittlichkeiten. Die Verweigerung der Geschlechtsbetätigung in den Strafanstalten gehört zu den brutalsten Begleiterscheinungen des herrschenden Systems. Anton Speckner ist ein Opfer dieser unsinnigen Grausamkeit. Er ist unseres Mitleids nicht weniger wert als die arme kleine Frieda Pracher.

---

Wegen Raummangel musste das Tagebuch aus dem Gefängnis auch in dieser Nummer ausfallen.

## Notizen.

Ich werde um Abdruck folgender Mitteilung ersucht:

Ein Fachschriftsteller-Kongress findet am 17. und 18. Mai in Berlin statt. Derselbe wird von dem soeben gegründeten Fachschriftsteller-Verbände veranstaltet. Mitgliederverzeichnisse, Bedingungen usw. versendet der Allgemeine Schriftstellerverein, Berlin W. Goltzstr. 23, unentgeltlich.

Der „Kain“ wird in Zukunft nicht mehr an einem bestimmten Tage erscheinen, da es dem Herausgeber lieber ist, seine Zeit nach Stimmung und Bequemlichkeit einzurichten. Das Blatt soll nach Möglichkeit in der ersten Hälfte jedes Monats fertiggestellt werden. Die Abonnenten werden aber gebeten, bei kurzen Verzögerungen nicht ungeduldig zu werden. E. M.

**Preßrelationsbureau „hanfa“**  
Teleph. Amt Moabit 6121 Berlin NW 23 ◆ holsteiner Ufer 7 ◆  
Inh.: Jng. M. Krause  
liefert alle Nachrichten über  
**Kunst, Literatur, Wissenschaft**  
schnell — vollständig — preiswert.

---

Akademisch und literarisch gebildete Lektoren.  
Vorzügliche Organisation!

Bitte hier abzutrennen.

**Bücherzettel.**

**An**

Mit  
3 Pfennig  
zu  
frankieren.

von  
**Erich Mühsam**

==== erschienen folgende Bücher. ====

**Die Wüste.** Gedichte. 1904. M. 2.40.

**Der Krater.** Gedichte. 1909. M. 2.—

**Die Hochstapler.** Lustspiel. 1906. M.2.—

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und den  
Kain-Verlag, München, Baaderstraße 1a.

==== Bitte hier abzutrennen. ====

Unterzeichneter abonniert hiermit auf die Zeitschrift  
„KAIN“, Jahrgang 1911/12. (Kain-Verlag München, Baader-  
strasse 1a.) 12 Hefte zum Preise von 3 Mark.

Betrag wird gleichzeitig eingesandt.\*)  
Soll durch Nachnahme erhoben werden.\*)

Genauere Adresse:

Name:

.....  
\*) Nicht gewünschtes bitte zu durchstreichen.